

# Propaganda für den Angriffskrieg: Die Rolle der Medienkrieger

## Angriffswaffe Medienpropaganda

*Jeder Staat sagt seinem Volke  
Wer des Volkes Feinde sind  
König – wer im Panzer rollte  
Kriegserziehung schon als Kind.*

*Kampfkraft wäre unerlässlich  
Weil der Feind Gewehr bei Fuß  
Darauf wartet böse und häßlich  
Uns zu töten mit Genuß.*

*Wütend macht mich nur das Eine  
Wenn die Staaten Worte wählen  
Fürs geliebte Land alleine  
Und dem Volk vom Feind erzähl'n  
Kämpferisch als Volkesfreunde.*

*Daß das alles ähnlich klingt  
Wirklich sind des Volkes Feinde  
Wer ihm einen Feind aufzwingt.  
Bettina Wegner*

Um Interventions- und Angriffskriege in aller Welt propagandistisch zu orchestrieren, bedürfen die Staatsorgane heutzutage eines vielfach größeren Kommunikationsaufwandes als während des Kalten Krieges, wo es doch angeblich immer nur um die für jedermann einsichtige Verteidigung des eigenen Gemeinwesens ging. Ein Lehrstück, wie hierzulande die StaatsbürgerInnen in Uniform psychologisch für potentielle Angriffskriege aufgerüstet werden, lieferte im Frühjahr 2008 die bundeswehreigene Desinformations- und Propagandaplattform *IntranetAktuell*. Am 14. März 2008 erschien dort ein Beitrag von Bernd Weber mit dem reißerischen Titel »Iran: Atomare Bedrohung Israels«. Um den Mindeststandards eines seriösen Journalismus zu genügen, hätte der Artikel eigentlich zwingend die drei folgenden Tatsachen berücksichtigen müssen, die er aber samt und sonders unterschlug:

– Es steht zweifelsfrei fest, daß der Staat Israel über Nuklearwaffen verfügt. Neben anderen haben das Robert Gates, Kriegsminister sowohl unter Bush jun. wie unter

Obama, und der frühere israelische Ministerpräsident Ehud Olmert bestätigt. Das nukleare Arsenal Israels umfaßt klassische Kernspaltungs-, thermonukleare Fusions- sowie Neutronenwaffen, insgesamt schätzungsweise 400 bis 500 Sprengsätze, deren Gesamtsprengkraft auf etwa 50 Megatonnen geschätzt wird. Um die Nuklearwaffen zum Einsatz bringen zu können, verfügt die »Israeli Defense Force« über ein breites Spektrum von Trägersystemen zu Lande, zur See und in der Luft.

– Ebenso zweifelsfrei steht fest, daß der Staat Iran über keine einsatzfähigen Atomwaffen verfügt. Genau dies ist die zentrale Erkenntnis und Aussage von 16 US-Geheimdiensten in dem von ihnen gemeinsam verfaßten »National Intelligence Estimate« aus dem Jahre 2007. Dort heißt es: »We continue to assess with moderate-to-high confidence that Iran does not currently have a nuclear weapon.«<sup>100</sup> Zum gleichen Ergebnis war zuvor bereits die Internationale Atomenergiebehörde in Wien gelangt. Zudem bescheinigten die Washingtoner Geheimdienstler dem Mullah-Regime, äußerst rational und besonnen agiert zu haben, als es nicht zuletzt auf internationalen Druck hin sein Nuklearwaffenprogramm bereits im Jahr 2003 einstellte. Um so deutlicher trat hervor, wer die Fäden im Globalisierungskrieg gegen den Rest der Welt zog: die Bush-Cheney-Junta im Weißen Haus. CIA & Co. blamierten den Kriegsherrn im Oval Office bis auf die Knochen, indem sie unter anderem offenlegten, daß Präsident Bush bereits im August 2007 über den Inhalt des Berichts informiert gewesen war. Zuvor jedoch hatte »Dirty Dick« Cheney alle Register gezogen, um zu verhindern, daß die Geheimdienste den Kriegsplanungen gegen Iran die legitimatorische Grundlage entzogen. Ex-CIA-Mann McGovern gab diesbezüglich zu Protokoll, Cheney sei »sehr mißvergnügt gewesen«, als er schon Anfang 2007 einen Entwurf des Berichts gesehen habe. Letztlich ließ sich die Wahrheit über das iranische Atomprogramm nicht unterdrücken.

– Zweifelsfrei steht auch fest, daß Israel im Verbund mit seiner Schutzmacht USA dem Iran weiterhin unverhohlen mit Krieg droht und zur Begründung gebetsmühlenhaft behauptet, Iran verfolge ein militärisches Atomwaffenprogramm. So hatte Bush bereits während einer Südasien-Tour Anfang 2006 verkündet, eine iranische Atombombe sei »das Destabilisierendste, was der Region und der Welt passieren könnte«, und hinzugefügt: »Iran darf keine Atombombe haben.« Dieses kategorische Verdikt ließ sich gewiß nicht zu Unrecht als Plädoyer für einen weiteren Präventivkrieg im Mittleren Osten deuten. Und so konnte es kaum erstaunen, daß Israel seine Angriffsvorbereitungen im Sommer 2008 intensivierte. *Der Spiegel* berichtete: »In Wahrheit herrscht in der israelischen Regierung mittlerweile Konsens, daß ein Luftangriff gegen die iranischen Atomanlagen unausweichlich geworden ist ... Lediglich über den richtigen Zeitpunkt eines Militärschlags sind die politischen Lager Israels noch uneins

---

<sup>100</sup> »Wir nehmen weiterhin mit mittlerer bis hoher Gewißheit an, daß Iran derzeit keine Nuklearwaffen besitzt.«

... Doch in Israel geht es längst nicht mehr um das Ob, sondern bereits um das Wie eines Militärschlags. Klar ist, daß der Angriff ausschließlich aus der Luft erfolgen soll.« Der deutsch-iranische Politikwissenschaftler Mohssen Massarat erläuterte: »Es existieren detaillierte Pläne in Washington, Iran aus der Luft zu bombardieren. Es geht hierbei darum, Teheran die Möglichkeit zum Zurückschlagen zu nehmen. Aus dem Umfeld des Pentagons wurde bekannt, daß es an die 2000 bereits ausgewählte Ziele in Iran gibt, die zerstört werden sollen.« Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete unter der Überschrift »Bush: Alle Optionen in der Iran-Krise offen«: »Im Atomstreit mit Iran schließt Präsident Bush einen Krieg nicht aus.« In Anbetracht der unverhohlenen Aggressionsdrohungen aus den USA und Israel sah sich der Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde, Mohamed El Baradei, zu einer Warnung vor den Folgen von Militärschlägen gegen mutmaßliche Atomanlagen veranlaßt: »Mit einseitigen Militäraktionen unterminiert man das internationale Vertragswerk (Atomwaffensperrvertrag) – wir stehen an einer historischen Wende.« Dessenungeachtet setzt auch die Obama-Administration die militärische Drohpolitik gegen den Iran fort. So meldete die *Süddeutsche Zeitung* am 5. Juli 2009, daß der US-Vizepräsident Joe Biden gesagt habe, die USA würden sich einem israelischen Militärschlag gegen das iranische Atomprogramm nicht widersetzen. Wenn Israel glaube, daß ein Militärschlag nötig sei, könnten die USA »einem anderen souveränen Staat nicht sagen, was er zu tun hat«, habe sich Biden gegenüber dem Fernsehsender *ABC* geäußert. Parallel dazu vermeldete *Spiegel Online* aus Jerusalem: »Israel forciert Pläne für Militärschlag gegen Iran«. Die brutale Niederschlagung der iranischen Opposition, so das Nachrichtenmagazin, habe Israels Auffassung gestärkt, daß ein Dialog keine Chance hat. Am Ende, so die Analyse der Regierung in Jerusalem, könne nur ein Militärschlag Teheran vom Bau der Atombombe abhalten. Die Vorbereitungen dazu liefen auf Hochtouren. Zudem sollte es der israelischen Regierung gelungen sein, die stillschweigende Zustimmung Saudi-Arabiens zu einer Militäroperation bekommen zu haben, wie die in Militärfragen stets gut unterrichtete *Sunday Times* berichtete. Demnach habe der Chef des Mossad, Meir Dagan, aus Riad das Zugeständnis erhalten, für eine solche Operation saudischen Luftraum durchfliegen zu dürfen. Zwar relativierte Präsident Obama einen Tag später Bidens Äußerungen, setzte jedoch dem Iran eine Frist bis September 2009, um auf die Forderungen zur Einstellung seiner Uran-Anreicherung einzugehen.

Neben den stetig wiederholten politischen Drohgebärden fanden auch zahlreiche Militärmanöver statt, in denen die operative Umsetzung der ausgetüftelten Angriffspläne geübt wurde. So berichtete *Spiegel Online* über eine solche Großübung der israelischen Luftwaffe Anfang Juni 2008 über dem östlichen Mittelmeer und Griechenland: »Israel übte Angriff auf iranische Atomanlagen. Hundert Kampffjets, Hubschrauber, Tankflugzeuge: Die israelische Luftwaffe hat in einem Großmanöver einen Schlag gegen iranische Atomanlagen geprobt. Es soll ein Zeichen an Teheran sein, aber auch

eines an die Verbündeten im Westen – Israel ist bereit zu einer militärischen Aktion.« Gegenüber der *New York Times* erklärte ein Vertreter des US-Verteidigungsministeriums, Israel habe mit dem Großmanöver ein klares Zeichen setzen wollen. »Sie wollten, daß wir es wissen, sie wollten, daß es die Europäer wissen, und sie wollten, daß es die Iraner wissen.« Israel habe eindeutig einen Angriff auf iranische Atomanlagen simuliert und die entsprechende Flugtaktik, das Auftanken in der Luft und andere Details einer solchen Operation geübt. Die Helikopter und Tankflugzeuge seien etwas mehr als 900 Meilen weit geflogen – was ungefähr der Distanz zwischen Israel und Irans Atomanreicherungsanlage in Natanz entspricht.

Die beschriebene militärische Drohkulisse gegen den Iran dauert bereits seit 2007 an. Allein dies stellt einen permanenten Bruch des Völkerrechts dar, denn gemäß Artikel 2 Absatz 4 der Satzung der Vereinten Nationen sind alle UN-Mitglieder kategorisch verpflichtet, »in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare *Androhung* oder *Anwendung* von Gewalt [zu unterlassen]«.

An diesem Bruch der UN-Satzung beteiligt sich auch die Bundesregierung seit Jahren. Die schwarz-rote Großkoalition scheint prinzipiell zur uneingeschränkten Unterstützung der israelischen Pläne bereit. Anlässlich der sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2006 assistierte Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der psychologischen Kriegsvorbereitung, als sie anmerkte, der Iran habe »mutwillig die ihm bekannten ›roten Linien‹ überschritten«. Darüber hinaus hielt sie »die militärische Option ausdrücklich offen«. Zu den von der Bundesregierung bereits pauschal gewährten Unterstützungsleistungen für das von den USA und Israel offenkundig geplante Verbrechen des Angriffskrieges gegen den Iran und seine Menschen zählt wiederum die umfassende Nutzung des deutschen Territoriums, des deutschen Luftraumes, sämtlicher Verkehrswege, der militärischen Führungsinfrastruktur et cetera.

Die genannten Tatsachen wurden in dem *IntranetAktuell*-Artikel schlichtweg ignoriert. Statt dessen suggeriert er dem Leser durch die gewählte Überschrift »Iran: Atomare Bedrohung Israels« sogar das genaue Gegenteil, nämlich daß der Iran an Atomwaffen arbeite, daß er möglicherweise schon welche besitze und daß er mit ihnen den Staat Israel zu vernichten drohe.

Mit keinem Wort erwähnt der Bundeswehr-Nachrichtendienst, daß der Iran mit seinem Atomprogramm die ihm nach dem Atomwaffensperrvertrag zustehenden Rechte auf friedliche Nutzung der Kernenergie wahrnimmt, während die den Iran mit Krieg bedrohenden Staaten, namentlich die USA, selbst seit Jahren eklatant vertragsbrüchig sind, indem sie ihren bindend eingegangenen Verpflichtungen zur kompletten nuklearen Abrüstung nicht nachkommen, und daß Israel dem Vertrag erst gar nicht beigetreten ist. Unterschlagen wird das Faktum, daß der Iran in den letzten 200

Jahren niemals einen Angriffskrieg geführt hat – im Gegensatz zu den Mächten, die ihn jetzt erneut mit einem Angriffs- und Präventivkrieg bedrohen. Der Iran wurde vielmehr immer wieder selbst Opfer von Aggressionen, beispielsweise als die USA den irakischen Diktator Saddam Hussein 1980 zum Angriff gegen den Iran trieben und acht Jahre lang bei diesem Verbrechen gegen das Völkerrecht unterstützten.

Indem der zitierte *IntranetAktuell*-Artikel wahrheitswidrig suggerierte, daß der Iran die atomare Vernichtung Israels anstrebe, erfüllte er – sprachlich und inhaltlich – den Tatbestand von Propaganda und Desinformation, also der gezielten Meinungsmanipulation und bewußt verfälschten Sachverhaltsdarstellung (s. S. 200f). Bei dem *IntranetAktuell*-Artikel – leider kein vereinzelter Ausrutscher – handelt es sich um einseitig proisraelische Kriegspropaganda gegen den Iran, dessen gar nicht existierende Nuklearwaffen angeblich eine Bedrohung Israels darstellen, während von den real existierenden Massenvernichtungswaffenpotentialen Israels selbstredend nicht ein Hauch von Gefahr ausgeht. Wir dürfen gespannt sein, wann unsere solchermaßen psychologisch gerüstete Truppe Seite an Seite mit den NATO-Verbündeten in den Iran einmarschiert – sorry, letzteres müssen wir streichen, denn das muß ja jetzt heißen: humanitär interveniert –, um vor den Toren Teherans präventiv Tel Aviv zu verteidigen ...

## Manipulation von Medien durch das US-Militär

*»Wir führen einen Krieg, bei dem es um das Überleben unserer Lebensweise geht.*

*Und der Schwerpunkt dieses Kampfes liegt nicht allein auf dem Schlachtfeld.*

*Es ist ein Test des Willens, und er wird auf dem Feld der weltweiten öffentlichen Meinung gewonnen oder verloren.«*

Donald Rumsfeld

Wenn politische Entscheidungsträger in Demokratien Bürger – und auch immer zahlreicher Bürgerinnen – in Kriege entsenden wollen, um in fernen Ländern, wie das der Krieg gemeinhin mit sich bringt, andere Menschen zu töten oder zu verstümmeln und dabei gegebenenfalls selbst das gleiche Schicksal zu erleiden, dann benötigen sie für ein derartiges Unterfangen eine möglichst breite und tunlichst nicht in Zweifel zu ziehende demokratische Legitimation. Freilich ist »insbesondere in Demokratien ... der Aufwand groß, mit dem man friedliche Bürger von der Notwendigkeit überzeugen muß, die Waffen aufzunehmen bzw. für die Kosten der Kampagne geradezustehen. Nur der allgerarstigste Gegner kann schließlich rechtfertigen, daß man sich zu Gegenmaßnahmen entschließt, die so sehr den eigenen zivilen Werten widersprechen.« (*Stephan, Cora: Das Handwerk des Krieges*, Berlin 1998). Gerade demokratische Öffentlichkeiten, die Krieg normalerweise als illegitimes Mittel der Politik betrachten, lassen

sich nur durch geschickte und überzeugende Propaganda von dessen Notwendigkeit überzeugen.

Dieser Grundsatz galt bereits zu Beginn des letzten Jahrhunderts, wie der ehemalige Journalist George Creel wußte, der während des Ersten Weltkrieges im Auftrag der US-Regierung die Propaganda- und Zensurbehörde »Committee on Public Information« leitete. Creel hatte durch seine Tätigkeit die Überzeugung gewonnen, daß »the war-will, the will-to-win, of a democracy depends upon the degree to which each one of all the people of that democracy can concentrate and consecrate body and soul and spirit in the supreme effort of service and sacrifice.«<sup>101</sup> Gelingt es also einer Demokratie, diesen Willen hervorzubringen, so spricht dies in der Tat für die These, daß »das gefährlichste Kriegsmittel ... der von der Moral der Sache überzeugte Bürger in Waffen« ist (*Cora Stephan*). Mittlerweile bedarf es in den modernen Demokratien für die Entscheidung zum Krieg der Beschwörung von Menschheitsbedrohungen wie Massenvernichtungswaffen, Terrorismus oder Völkermord. Und weil hier jedwede Politik vornehmlich massenmedial vermittelt wird, kann auch die Legitimationsbeschaffung zur Kriegführung nur qua Unterstützung durch die Massenmedien erfolgen. Diesen obliegt die Funktion, einer demokratischen Öffentlichkeit jene moralisch unanfechtbare Begründung für den Krieg zu liefern, die sie begehrt. Massenmedien werden in Kriegszeiten regelmäßig zur Propagandamaschine der Regierenden, um dem Wahlvolk jene Lügen zu liefern, nach denen es partout verlangt. Zugleich machen sie sich dadurch zum ebenbürtigen Partner der Panzer, Flotten und Bomberverbände.

Unter dem Terminus »Propaganda« lassen sich alle Methoden der Meinungssteuerung, Beeinflussung, Werbung, Zensur, Manipulation und Desinformation subsumieren, deren Sinn und Zweck darin besteht, eine bestimmte Haltung oder Meinung herbeizuführen oder zu unterdrücken. Regierung und Militär können beispielsweise Mittel der klassischen Propaganda anwenden, um in der Bevölkerung Kriegsbegeisterung herbeizuführen, aber auch Zensurmaßnahmen, um eine mögliche Anti-Kriegsstimmung zu unterbinden. »Propaganda-Techniken gehören bis heute – auch in Friedenszeiten – zum Arsenal der staatlichen und militärischen Informations- und Pressepolitik« (*s. Elter, Andreas*: »Die Kriegsverkäufer. Geschichte der US-Propaganda 1917–2005«). Die Propagandamittel sind weit gefächert; sie reichen von der Verbreitung von Schriften und Flugblattaktionen über Radio- und Fernsehsendungen, die Produktion von Werbefilmen bis hin zur Organisation von Großveranstaltungen und anderen Public-Relations-Aktivitäten.

---

<sup>101</sup> »... der Wille zum Krieg, der Siegeswille, einer Demokratie von dem Grad abhängen, zu dem jeder einzelne Bürger dieser Demokratie Körper, Seele und Geist konzentrieren und einer äußersten Anstrengung des Dienstes und Opfers weihen kann«; *Creel, George*: *George Creel on Selling the War* (1920); im Internet unter: <http://web.mala.bc.ca/davies/H482.WWI/Creel.SellingWar.1920.htm>.

Zensur kann auf verschiedene Art ausgeübt werden: Mittels direkter Zensur wird der Output von Medien überwacht und gegebenenfalls unterdrückt. Herrscht in Kriegszeiten Zensur, so müssen Photos, Artikel, Hörfunkbeiträge, Fernsehreportagen und so weiter einer staatlichen Zensurbehörde oder militärischen Zensoren zur Freigabe vorgelegt werden. Mit indirekter Zensur wird der Input von Medien gesteuert, das heißt ihre Nachrichten-, Bild- und Recherchequellen, ihre Informanten oder ihre Bewegungsfreiheit. Hierzu zählen Maßnahmen der Informationsverweigerung sowie der Zugangsverweigerung bis hin zur totalen Nachrichtensperre.

All das sind Eingriffe in das Grundrecht auf freie Information und freie Meinungsbildung. Öffentliche Meinung wird auch durch Manipulation und Desinformation gesteuert. Mittels der modernen Bildverarbeitungstechniken lassen sich beispielsweise Bilder und Bildsequenzen nahezu beliebig so manipulieren, daß beim Betrachter die gewünschten Wahrnehmungseffekte erzielt werden, ohne daß er überhaupt eine Chance hat, die Methode zu durchschauen. Weltweit bekannt geworden sind in diesem Zusammenhang die Bilder sogenannter »chirurgischer« Luftangriffe mit Laserbomben und Lenkraketen während des Golfkrieges 1991, mittels derer dem Betrachter der Eindruck einer sauberen, präzise auf ausschließlich militärische Ziele beschränkten Kriegführung suggeriert werden sollte, oder auch die Attacke eines NATO-Kampfflugzeuges auf die Eisenbahnbrücke über die Grdelica-Schlucht während des NATO-Krieges gegen die Republik Jugoslawien 1999. Im Verlaufe der Präsentation der von der Bordkamera des Jagdbombers aufgezeichneten Filmsequenz des Luftangriffs im Rahmen einer Pressekonferenz im Brüsseler NATO-Hauptquartier kam unter den anwesenden Medienvertretern der Verdacht auf, daß diese absichtlich so beschleunigt worden war, daß der Eindruck entstehen mußte, der Pilot des Jagdbombers hätte keinerlei Chance gehabt, den Zielanflug abzubrechen und so zu verhindern, daß seine Lenkraketen einen just die Brücke passierenden Personenzug trafen, 20 Zivilisten töteten und 16 weitere verletzten. Zwar konnte die PR-Abteilung der NATO den Vorwurf vorsätzlicher Manipulation in diesem Fall entkräften, nichtsdestoweniger illustriert der Vorgang zumindest das Manipulationspotential, welches der Umgang mit elektronischem Bildmaterial birgt.

Desinformationsmethoden gehen über Manipulationstechniken noch hinaus. Hier sollen komplett erfundene Sachverhalte an ein Massenpublikum gebracht werden. Eines der berühmtesten Beispiele ist das von der Werbeagentur Hill and Knowlton im Auftrag der kuwaitischen Regierung lancierte Schauermärchen von den irakischen Soldaten, die während der Besetzung Kuwaits im Juli 1990 angeblich in einem Krankenhaus in Kuwait City 312 Babys aus den Brutkästen gerissen und auf den Fußboden geworfen hätten, wo sie elend umkamen<sup>102</sup>. Eine von Hill and Knowlton entsandte

---

<sup>102</sup> Siehe hierzu: *MacArthur, John R.*: Die Schlacht der Lügen. Wie die USA den Golfkrieg verkauften, München 1993<sup>3</sup>, S. 56ff.

vorgebliche Krankenschwester, von der sich später herausstellte, daß es sich um die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA handelte, bezeugte die vermeintliche Wahrheit dieses Vorgang am 10. Oktober 1990 vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses. Am 27. November kam es zu einer audiovisuellen Präsentation im UN-Sicherheitsrat, zwei Tage später dann zur Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution 678, mit der die UN-Mitgliedsstaaten zur gewaltsamen Befreiung Kuwaits ermächtigt wurden. Selbst »Amnesty International« und »Middle East Watch« gingen der Story auf den Leim. Und als am 12. Januar 1991 der US-Senat mit einer Mehrheit von fünf Stimmen den Kriegseinsatz der US-Streitkräfte beschloß, bezogen sich sechs Senatoren ausdrücklich auf die Brutkasten-Lüge.

Gelingt es im Vorfeld und im Verlauf eines Krieges, mit solchen Methoden die Massenmedien gleichzuschalten, so ist die essentielle Voraussetzung für die Unterstützung des Streitkräfteeinsatzes seitens der Öffentlichkeit und der politischen Entscheidungsapparate erfüllt. Scheitert andererseits die Instrumentalisierung der Massenmedien zum Zwecke der Kriegspropaganda, kann selbst erdrückende militärische Überlegenheit auf dem Schlachtfeld die politische Niederlage nicht verhindern.

Weiterentwickelt und verfeinert wurden die Grundsätze der PR-Arbeit im Rahmen der US-Militärstrategie in der Ära Clinton vom damaligen Chairman of the Joint Chiefs of Staff<sup>103</sup>, General Colin Powell<sup>104</sup>. Er erachtete es als unabdingbar, vor jeder Entsendung von US-Truppen die Unterstützung in den Medien und im Kongreß sicherzustellen. Hinzu trat das Kriterium, daß bei jeglichen Einsätzen unter allen Umständen das Ansehen der Streitkräfte gewahrt bleiben mußte. Die von Powell formulierten Kriterien gelten auch unter der gegenwärtigen US-Administration fort und wurden seitdem weiter verfeinert.

Diese Entwicklung spiegelt sich in einer umfangreichen Reihe von Dokumenten wider, die das Pentagon im Laufe der vergangenen Jahre herausgegeben hat. Dazu zählen unter anderem die »Joint Doctrine for Information Operations«, die »Joint Doctrine for Public Affairs« sowie die »Joint Doctrine for Civil-Military Operations«<sup>105</sup>. Über diese Doktrinen der Vereinigten Stabschefs hinaus, die für die US-Streitkräfte insgesamt verbindlich sind, haben auch die Teilstreitkräfte eigene Vorschriften erlassen, so etwa die US Air Force.

Die Relevanz und Reichweite der von den US-Militärplanern ausgeklügelten Medien- und Öffentlichkeitsarbeit läßt sich besonders eindrucksvoll anhand der zuletzt im Januar 2005 nach den Erfahrungen aus dem letzten Irakkrieg überarbeiteten »Joint

---

<sup>103</sup> Generalstabschef.

<sup>104</sup> Vgl. *Stevenson, Charles A.*: The Evolving Clinton Doctrine on the Use of Force, in: *Armed Forces & Society*, Vol. 22, No. 4, Summer 1996.

<sup>105</sup> »Streitkräfteübergreifende Doktrin für Informationsoperationen«, »Streitkräfteübergreifende Doktrin für Öffentlichkeitsarbeit« und »Streitkräfteübergreifende Doktrin für Zivil-Militärische Operationen«.

Doctrine for Public Affairs« illustrieren. Dort sind als strategische Ziele und Aufgaben genannt:

- »Providing Trusted Counsel to Leaders«<sup>106</sup>. Dies richtet sich an die eigene Führung als Adressatengruppe. Das Aufgabenspektrum umfaßt unter anderem die Analyse des globalen Informationsumfeldes, die Voraussage von Auswirkungen militärischer Operationen auf die öffentliche Meinung sowie die Vorbereitung der militärischen Führung auf die Kommunikation mit der Öffentlichkeit durch die Medien.
- »Enhancing Morale and Readiness«<sup>107</sup>. Hier geht es darum, in den Reihen des Militärpersonals und seiner Familienangehörigen das Verständnis für den Auftrag und die Identifikation mit ihm zu stärken, die Soldaten auf den Umgang mit Medienvertretern vorzubereiten, sie gegen Feindpropaganda zu immunisieren und generell allen Einflüssen entgegenzuwirken, welche die getreue Auftrags Erfüllung erschweren könnten.
- »Fostering Public Trust and Support«<sup>108</sup>. Erst »der Rückhalt durch die Öffentlichkeit und den Kongreß ermöglicht den militärischen Führern die effektive Rekrutierung, Ausrüstung und Ausbildung von Streitkräften ... Wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit unterstützt eine starke nationale Verteidigung, indem sie Vertrauen in und Verständnis für den Beitrag des Militärs zur nationalen Sicherheit erzeugt. In nationalen Krisenzeiten liefert Öffentlichkeitsarbeit der amerikanischen Öffentlichkeit die Informationen, die notwendig sind, um die Rolle und den Auftrag der Streitkräfte zu verstehen. Dieses Verständnis ist unerläßlich, um die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit für Militäroperationen zu erhalten.«
- »Using Global Influence and Deterrence«<sup>109</sup>. Hierbei geht es um die globale Stoßrichtung der Öffentlichkeitsarbeit des US-Militärs: »Die Befehlshaber der Vereinigten Streitkräfte sollten sich der Öffentlichkeitsarbeit bedienen, um Kommunikationsstrategien zu entwickeln und anzuwenden, welche sowohl das nationale und internationale Publikum als auch den Gegner über die Schlagkraft der US-Streitkräfte während Operationen und Übungen informiert. Ihnen die militärischen Fähigkeiten sowie die Entschlossenheit der USA, diese auch anzuwenden, bewußt zu machen, kann die Unterstützung seitens der Verbündeten und befreundeter Staaten stärken sowie mögliche Gegner abschrecken. Falls Feinde nicht von einem Konflikt abgeschreckt werden können, kann die Information über die Fähigkeiten und die Entschlossenheit der USA dennoch die gegnerischen Planungen und Aktivitäten in einer für die USA vorteilhaften Weise beeinflussen.

---

<sup>106</sup> »Bereitstellung verläßlicher Beratung für die Führung.«

<sup>107</sup> »Steigerung von Truppenmoral und Einsatzbereitschaft.«

<sup>108</sup> »Förderung des Vertrauens und der Unterstützung seitens der Öffentlichkeit.«

<sup>109</sup> »Ausübung von globalem Einfluß und Abschreckung.«

Noch deutlicher wird die US Air Force in ihren spezifischen Doktrinen. So führt der Kommandeur des »Air Force Doctrine Center«<sup>110</sup>, Generalmajor Bentley B. Rayburn, in seinem Vorwort zu dem im Sommer 2005 aktualisierten »Air Force Doctrine Document 2-5.3« aus: »America's national security rests on a strategy of full spectrum dominance supported by effects-based planning and operations. To support this full spectrum dominance, public affairs (PA) operations must be planned and conducted within an effects-based framework.«<sup>111</sup> Worum es einer effektiven Medien- und Öffentlichkeitsarbeit in Wahrheit zu tun ist, kommt an einer anderen Stelle desselben Dokuments zum Ausdruck, wo es heißt: »PA operations support a strong national defense – preparing the nation for conflict and war – by building and sustaining public trust and understanding of Air Force contributions to national security. These operations make Americans aware of the value of spending tax dollars on readiness, advanced weapons, training, personnel, and the associated costs of maintaining a premier air and space force.«<sup>112</sup> Noch unverhohlener hatte die US-Luftwaffe die militärische Bedeutung der »Öffentlichkeitsarbeits-Waffe« im Jahr 2002 auf den Punkt gebracht, als sie formulierte: »As weapons in the commander's arsenal of information operations assets, PA operations can be a force multiplier that both assesses and shapes the information environment's effect on military operations.«<sup>113</sup>

Wie die Grundsätze für die Informations-, Desinformations- und Propagandaarbeit des Pentagon in die Praxis umgesetzt werden, läßt sich empirisch eindrucksvoll am Beispiel der vor dem letzten Irakkrieg erlassenen »Public Affairs Guidance (PAG) on Embedding Media during possible Future Operations/Deployments in the U.S. Central Commands (CENTCOM) Area Of Responsibility (AOR)«<sup>114</sup> vom 17. Januar 2003 illustrieren. Mit dieser Richtlinie hat das Pentagon nach den unbefriedigenden Erfahrungen mit der Bildung von Kriegsberichterstätter-Pools während des Golfkrie-

<sup>110</sup> Strategiezentrum der Luftwaffe.

<sup>111</sup> »Amerikas nationale Sicherheit ruht auf einer Strategie der Dominanz im gesamten Einsatzspektrum, unterstützt durch wirkungsbasierte Planung und Operationsführung. Um diese Dominanz im gesamten Einsatzspektrum zu unterstützen, müssen Operationen der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit innerhalb eines wirkungsbasierenden Rahmenansatzes geplant und durchgeführt werden.«

<sup>112</sup> »Operationen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dienen der Unterstützung einer starken nationalen Verteidigung – nämlich die Nation auf Konflikt und Krieg vorzubereiten –, indem sie in der Öffentlichkeit Vertrauen und Verständnis für die Beiträge der Luftwaffe zur nationalen Sicherheit herstellen und aufrechterhalten. Diese Operationen schaffen unter den Amerikanern das Bewußtsein für den Nutzen, den es bringt, Steuerdollars für Einsatzbereitschaft, fortschrittliche Waffen, Ausbildung, Personal und die mit der Aufrechterhaltung von erstklassigen Luft- und Weltraumstreitkräften verbundenen Kosten auszugeben.«

<sup>113</sup> »Als Waffe im Arsenal des militärischen Führers auf dem Feld der Informationsoperationen können Operationen der Öffentlichkeitsarbeit einen Kampfkraftverstärker bilden, der die Wirkung des informationellen Umfelds auf die militärischen Operationen zugleich bewertet und formt.«

<sup>114</sup> »Richtlinien für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Einbettung von Medien im Rahmen möglicher künftiger Operationen/Dislozierungen im Verantwortungsbereich des U.S. Central Command (CENTCOM)«.

ges 1990/91 erstmals eine neue und vielversprechende Form der Informationskontrolle eingeführt. Diese basierte auf den positiven Erfahrungen, die im Rahmen der »Operation Anaconda« in Afghanistan 2002 gewonnen worden waren. Die fundamentale Innovation der vor dem neuerlichen Krieg gegen Saddam Hussein ausbaldowerten PR-Strategie bestand in der sogenannten »Einbettung«: der Integration von Journalisten direkt in die kämpfende Truppe. Die Idee des »Embedding« stammt von Victoria »Torie« Clarke, die im Department of Defense der USA als »Assistant Secretary of Defense for Public Affairs«<sup>115</sup> fungierte. Zu ihrem Aufgabengebiet gehörten auch die Armeezeitung *Stars & Stripes*, das *Armed Forces Radio* und andere militärpublizistische Erzeugnisse. Gemeinsam mit ihrem Stellvertreter Bryan Whitman, einem ehemaligen Offizier der U.S. Army, definierte sie die strategischen Leitgedanken des Embedding-Projekts, nämlich<sup>116</sup>:

- »to neutralize the disinformation efforts of our adversaries,<sup>117</sup>
- to build and maintain support for U.S. policy as well as the global war on terrorism,<sup>118</sup>
- to take offensive action to achieve information dominance,<sup>119</sup>
- to be able to demonstrate the professionalism of the U.S. military,<sup>120</sup>
- to build and maintain support for the war fighter out there on the ground.«<sup>121</sup>

Hinter der Idee des »Embedding« verbarg sich die Absicht einer »schleichenden Korruption durch Nähe« (*Bussemer, Thymian*: Medien als Kriegswaffe). Die Medienvertreter mußten zunächst einen Katalog vorgegebener Grundregeln für die Berichterstattung – das sogenannte »CFLCC Ground Rules Agreement«<sup>122</sup> – unterzeichnen, ein ausgeklügeltes System von Auflagen und Offerten für die betroffenen Journalisten und ihre Berichterstattung, das der alterproben Maxime »do, ut des« folgte und zugleich günstigste Voraussetzungen für eine wirkungsvolle Manipulation und Korrumpierung der Kriegsberichterstattung im von der US-Administration erwünschten Sinne schaffte. Auf diese Weise sollten Reporter zu »cheerleaders for the military«<sup>123</sup> oder »tour guides for war«<sup>124</sup> (*Alicia C. Shepard*) umfunktioniert werden.

---

<sup>115</sup> Stellvertretende Staatssekretärin für Öffentlichkeitsarbeit im Verteidigungsministerium.

<sup>116</sup> Vgl. Shepard, Alicia C.: *Narrowing the Gap. Military, Media and the Iraq War*, Cantigny Conference Series, Conference Report, published by Robert R. McCormick Tribune Foundation, Chicago, Illinois 2004.

<sup>117</sup> »Die Desinformationsmaßnahmen unserer Gegner zu neutralisieren«.

<sup>118</sup> »Die Unterstützung sowohl für die Politik der USA als auch den globalen Krieg gegen den Terrorismus zu mobilisieren und zu erhalten«.

<sup>119</sup> »Offensive Schritte zur Erringung der Informationsüberlegenheit zu ergreifen«.

<sup>120</sup> »Die Professionalität des US-Militärs demonstrieren zu können«.

<sup>121</sup> »Die Unterstützung für den Kämpfer da draußen auf dem Schlachtfeld zu mobilisieren und zu erhalten«.

<sup>122</sup> Übereinkunft über die Grundregeln des Kommandos der bodengebunden Koalitionstreitkräfte.

<sup>123</sup> Claqueuren für das Militär.

<sup>124</sup> Reiseführer durch den Krieg

Darüber hinaus wurden in Konkurrenz zu den kommerziellen Medien noch sogenannte »Joint Tactical Information Cells«<sup>125</sup> installiert, deren »Mediensoldaten« mit Hilfe modernster Satelliten-Technologie eigene Text- und Bildberichte über den Kriegsverlauf versenden konnten, was den unschätzbaren Vorteil der Exklusivität sicherte. Unter den Lieferanten solcher Bildberichte waren sogenannte »Combat Camera Teams«<sup>126</sup>, welche die US-Streitkräfte schon seit längerem unterhält und die für die visuelle Dokumentation des Krieges sorgen sollen. Mit deren Aufnahmen werden auch Journalisten auf Pressekonferenzen versorgt.

Nachfolgend sollen die wesentlichsten Aspekte der vom Pentagon erlassenen »Public Affairs Guidance« und des »CFLCC Ground Rules Agreement« näher analysiert werden.

Die PR-Arbeit des US-Militärs zielt auf drei Adressatengruppen, nämlich die US-amerikanische Öffentlichkeit, die Öffentlichkeit in den verbündeten Staaten sowie die Öffentlichkeit in den Staaten, in denen die USA militärische Operationen durchführen. Die vorrangige Devise dabei lautet: »Wir müssen über die Tatsachen berichten – seien sie gut oder schlecht –, bevor andere die Medien mit Desinformationen und verzerrten Darstellungen impfen, wie sie es mit allergrößter Wahrscheinlichkeit auch weiterhin tun werden. Unsere Leute vor Ort müssen unsere Sichtweise vermitteln ...«

Mehrfach wird betont, daß es entscheidend darauf ankommt, durch Einbettung der Medienberichterstatte die Ereignisse aus amerikanischer Perspektive zu vermitteln und das Verständnis in der (Welt-)Öffentlichkeit darauf zu fokussieren: »Die Medien werden in der Truppe auf Stützpunkten der Luftwaffe und der Bodentruppen sowie in schwimmenden Einheiten eingebettet, um ein umfassendes Verständnis aller Operationen zu gewährleisten ... Es werden Plätze in Fahrzeugen, in Luftfahrzeugen und auf Kriegsschiffen zur Verfügung gestellt, um eine möglichst umfassende Berichterstattung über die US-Truppen vor Ort zu ermöglichen ... Die Truppenteile haben Transportkapazität und logistische Unterstützung vorzusehen, um den Transport von Medienprodukten zum und vom Gefechtsfeld zu unterstützen, damit unsere Darstellung der Ereignisse zeitgerecht ermöglicht wird.«

Selbst die militärische Geheimhaltung stellt unter bestimmten Voraussetzungen kein prinzipielles Hindernis für die Berichterstattung dar, wie in der »Public Affairs Guidance« ausgeführt wird, wenn der betreffende Reporter sich mit einer erweiterten Zensur seitens der Militärs einverstanden zeigt: »In Fällen, in denen ein militärischer Führer oder sein offizieller Stellvertreter feststellt, daß ein Berichterstatter mehr an geheimhaltungsbedürftigen Informationen erhält als durch eine Belehrung im Rahmen einer Vor- oder Nachbesprechung abgedeckt wird, die Berichterstattung selbst jedoch

---

<sup>125</sup> Streitkräftegemeinschaftliche Taktische Informationszellen.

<sup>126</sup> Einsatz-Kamerateams.

im besten Interesse des US-Verteidigungsministeriums ist, kann der militärische Führer Zugang zu den Informationen gewähren, falls der Reporter einer Sicherheitsüberprüfung seines Berichts zustimmt.«

Für die Wahrnehmung der ihnen vom US-Verteidigungsministerium zugeordneten Aufgaben bietet die »Public Affairs Guidance« den eingebetteten Journalisten eine breite Palette von Unterstützungsleistungen an. Dazu gehören:

- der generell erleichterte Zugang zu den Streitkräften,
- der Zugang zu operativen Kampfeinsätzen mit der Gelegenheit, tatsächliche Kampfhandlungen zu beobachten,
- kostenloser Transport in Luftfahrzeugen des US-Verteidigungsministeriums,
- Plätze in Fahrzeugen, in Luftfahrzeugen und auf Kriegsschiffen,
- ggf. fernmeldetechnische Unterstützung beim Absetzen bzw. Übertragen von Medienprodukten sowie Nutzung schneller militärischer Fernmeldeverbindungen,
- die Bereitstellung von Unterkunft, Verpflegung und gegebenenfalls sanitätsdienstlicher Versorgung,
- die leihweise Ausgabe von ABC-Schutzausrüstung,
- die (kostenpflichtige) Gestellung von Impfstoffen gegen Anthrax und Pocken.

Das bereits erwähnte »CFLCC Ground Rules Agreement« enthielt das detaillierte Regelwerk, das jeder Reporter vor seiner Einbettung in den ihm zugewiesenen Truppteil förmlich zu unterzeichnen hatte. Grundsätzlich galt: »[Die] Grundregeln sind von den Medien vorher anzuerkennen und vor der Einbettung zu unterzeichnen. Verstöße gegen die Grundregeln können die sofortige Beendigung der Einbettung und die Entfernung aus dem Verantwortungsbereich zur Folge haben.« Von nicht zu unterschätzender Relevanz war die Anweisung, daß »sämtliche Interviews mit Angehörigen der Streitkräfte zu ... protokollieren« waren. Damit war sichergestellt, daß einerseits die Soldaten bei ihren Aussagen äußerste Zurückhaltung walten ließen und andererseits die Journalisten, um ihre Interviewpartner nicht zu kompromittieren, schon während sie fragten, stets die Schere im Kopf trugen. Eine weitere Option zur Steuerung der Berichterstattung bot die Bestimmung, daß Sperrfristen verhängt werden konnten, um die »operative Sicherheit zu gewährleisten«. Mittels der Anweisung, alle Berichte für Druck- oder Rundfunkmedien mit Orts- und Datumsangabe zu versehen, wurde eine lückenlose Überwachung und Identifikation der jeweilige Urheber sichergestellt.

Und nach welchen Kriterien wurde nun festgelegt, welche Informationen zur Veröffentlichung freigegeben waren und welche nicht publiziert werden durften? Prinzipiell freigegeben waren ausschließlich allgemeine, pauschale und ungefähre Angaben über die eigenen Streitkräfte und deren Aktionen, nicht aber konkrete und präzise Zahlen, Daten und Fakten.

Einzelheiten des Kriegsverlaufs sollten tunlichst nicht publik werden, es genügte, wenn die (Welt-)Öffentlichkeit vom grandiosen Sieg der US-Truppen erfuhr. Dazu paßte es, daß »gesicherte Zahlenangaben über verhaftete oder gefangengenommene Angehörige der feindlichen Kräfte« durchaus zur Veröffentlichung freigegeben waren, nicht aber konkrete Angaben über Personal, Material, Truppenteile, militärische Einrichtungen, Truppenbewegungen, Dislozierung et cetera. Unter die Geheimhaltung fielen auch die Einsatzregeln, Sicherheitsmaßnahmen, Informationen über Spezialeinheiten, Methodik und Taktik von militärischen Operationen sowie Informationen über die Effektivität der gegnerischen Kampfführung. Darüber hinaus unterlag der Zugang zu Kriegsgefangenen strikten Restriktionen, ebenso wie jegliche Berichterstattung über tote, verwundete, verletzte und kranke Soldaten der eigenen Streitkräfte. Das Kriegshandwerk im einzelnen sowie die furchtbaren Auswirkungen der Waffengewalt sollten vor der (Welt-)Öffentlichkeit soweit wie irgend möglich verborgen gehalten oder nur in homöopathischen Dosen zur Kenntnis gegeben werden. Die Konsequenz war, daß die Medien »ended up sanitizing the war, by preferring to show victorious American soldiers rather than bloody, wounded or dead American or Iraqi soldiers«<sup>127</sup> und daß insbesondere die US-Medienanstalten »sugarcoated the horrors of war by avoiding gory pictures and using military jargon (»softening up Iraqi targets«) instead of direct, brutal, descriptive language (»killing Iraqis«).«<sup>128</sup> (*Alicia C. Shepard*). So wies eine kommunikationswissenschaftliche Studie aus dem Jahr 2003 (»Project for Excellence in Journalism«) nach, daß nicht ein einziger der von den eingebetteten Reportern abgelieferten Berichte Menschen zeigte, die von Kugeln oder durch andere Waffen verletzt worden waren.

Zusammenfassend läßt sich konstatieren, daß der Irakkrieg 2003 infolge der ausgeklügelten PR-Arbeit des US-Militärs nahezu ausschließlich in der Weise dargestellt werden konnte, wie es dem Pentagon paßte. Die Basis des Erfolgs bildete eine Doppelstrategie: Einerseits galt es, wohlwollend gesonnene Medienvertreter nach allen Regeln der Kunst zu umgarnen und zu korrumpieren (ein Washingtoner Redaktionsleiter schwärmte: »The beauty of the embed program was that it served our needs and it served your needs«<sup>129</sup>). Andererseits wurden unabhängig recherchierende Reporter, die sogenannten »unilaterals«, insbesondere auch solche aus europäischen und arabischen Ländern, systematisch benachteiligt, behindert, schikaniert und in Einzelfällen auch massiven Bedrohungen für Leib und Leben ausgesetzt, wie die Bombardierungen von *Al Jazeera* und *Abu Dhabi TV* sowie der Beschuß des Bagdader Hotels »Palestine«,

---

<sup>127</sup> »... am Ende den Krieg weichspülten, indem sie es vorzogen, siegestrunkenen Amerikaner anstelle von blutigen, verwundeten oder toten amerikanischen oder irakischen Soldaten zu zeigen.«

<sup>128</sup> »die Schrecken des Krieges vernebelten, indem sie grausame Bilder vermieden, sich des Militärjargons (»irakische Ziele aufweichen«) anstatt einer direkten, brutalen, konkreten Ausdrucksweise (»Iraker töten«) bedienten.

<sup>129</sup> »Der Charme des Einbettungsprogramms bestand darin, daß es unsere beiderseitigen Bedürfnisse erfüllte.«

in dem einige Unilaterale wohnten und arbeiteten, drastisch zeigten. Dem Publikum wurde zwar eine Fülle selektiver Eindrücke von den Kampfhandlungen vermittelt, es hatte aber keine Chance, die komplexe Realität des Krieges zu erfassen. Erzeugt wurde allenfalls die Illusion, am Krieg »beteiligt« gewesen zu sein. Von den insgesamt 775 »eingebetteten« Reportern bekamen übrigens gerade einmal 40 bis 50 tatsächlich Gelegenheit, »to see war in action.«<sup>130</sup>

Insgesamt war die Medienberichterstattung in den USA »durch ein hohes Maß an Patriotismus, Kriegsverherrlichung und in Extremfällen sogar durch Nationalchauvinismus gekennzeichnet« (*Andreas Elter*) und ist es weiterhin. In diesen nationalen Konsens reihen sich fast alle Journalisten ein, sind also von vornherein zur Selbstzensur bereit. Hinzu kommt, daß aus schlicht ökonomischen Überlegungen »Affirmation statt Diskurs ... den meisten Medien als Erfolgsrezept im immer härter werdenden Konkurrenzkampf« gilt (*Elter*). Dementsprechend einseitig verläuft die Meinungsbildung – immer im Kreise: »Der Kreis beginnt in einem ersten Schritt bei den Medien: Der von der Regierung vorgegebene politische Konsens wird in der Berichterstattung mehr oder weniger kritiklos transportiert. Zweiter Schritt: Den Zuschauern wird durch die Medien eine Meinungsrichtung vorgegeben. Entweder fühlen sie sich ohnehin bestätigt, oder aber sie passen sich der Meinung der Allgemeinheit an, aus Mangel an alternativen Informationsquellen oder weil dies gesellschaftlich opportun erscheint. Dritter Schritt: Die Zustimmung zum nationalen Konsens zeigt sich dann in Meinungsumfragen, durch die sich wiederum – im vierten Schritt – die Regierungsadministration bestätigt fühlt, so daß sie in gewissen Teilen ihr Handeln danach ausrichtet. Im fünften Schritt wird das wiederum von den Medien wahrgenommen und erneut berichtet. Der Kreis schließt sich also und beginnt wieder von vorn: ein meinungspolitisches Perpetuum mobile« (*Elter*).

Das Publikum erhält viele kurze Meldungen über einzelne aktuelle Ereignisse, der bitter notwendige kritische Diskurs über die völkerrechtsverachtende Kriegspolitik der Regierung und über die barbarische Kriegführung kann da gar nicht entstehen. Die US-Medien wirken im Gegenteil in weiten Teilen als Sprachrohre des Weißen Hauses und des Pentagon, deren Medien- und Öffentlichkeitsarbeit bis ins Detail geplant und auf die unterschiedlichen Medien und Adressatengruppen abgestimmt ist.

Eine aufschlußreiche Analyse hat der pensionierte Oberst der US Air Force, Sam Gardiner, im Herbst 2003 vorgelegt<sup>131</sup> (»Studie über Strategische Beeinflussung, Perzeptionsmanagement, strategische Informationskriegführung und strategische Psychologische Kriegführung während des 2. Golfkrieges«). Er listet über 50 Fälle auf, in

---

<sup>130</sup> »reale Kriegführung zu erleben.«

<sup>131</sup> *Gardiner, Sam*: Truth from These Podia. Summary of a Study of Strategic Influence, Perception Management, Strategic Information Warfare and Strategic Psychological Operations in Gulf II, October 8, 2003.

denen auf der Basis der »Gulf II Influence Strategy« Meldungen, Nachrichten oder Berichte entweder komplett erfunden, inszeniert oder verfälscht wurden. So wurden beispielsweise auf Weisung des Weißen Hauses die irregulären irakischen Kampfverbände als »terroristische Todesschwadronen« bezeichnet. Auch wurde behauptet, die Iraker setzten Kindersoldaten ein. Das Pentagon berichtete von irakischen Soldaten, die sich mit der weißen Flagge ergeben hätten; als US-Marines sie gefangen nehmen wollten, hätten die Iraker das Feuer eröffnet. Diese und andere Kriegslügen sollten die Skrupellosigkeit des Gegners belegen. Die meisten US-Medien übernahmen sie vorbehaltlos und verbreiteten sie. Summa summarum erweist sich, daß die »Massenmedien ... aus Sicht des Militärs von potentiellen Störfaktoren, die es zu instrumentalisieren gilt, zu willfährigen Helfern der Kriegführung avanciert [sind]. Die Medien selbst wurden zur Kriegswaffe« (*Bussemer*).

Auch für den Iran-Konflikt beauftragte US-Präsident George W. Bush seine Propaganda-Spezialisten mit der Ausarbeitung einer »Influence Strategy«. Das Bedrohungsszenario glich den erfundenen Kriegsgründen gegen Saddam Hussein. Im Zentrum stand die angebliche Gefahr durch iranische Atomwaffen, die indes bis dato überhaupt nicht existieren, sowie die Behauptung, das Regime in Teheran unterstütze den Terrorismus. Der iranische Präsident wurde systematisch als neuer Dämon aufgebaut. Bush und seine Schergen sprachen von Mahmud Ahmadinedschad als einem iranischen Wiedergänger Adolf Hitlers. Mochten auch im Dezember 2007 die US-Geheimdienste eine Prise Sand ins Getriebe gestreut haben (s. S. 196), so lief doch die über nahezu ein Jahrhundert verfeinerte Maschinerie der Kriegspropaganda abermals wie geschmiert. Und selbst nachdem im Januar 2009 Barack Hussein Obama als neuer US-Präsident sein Amt angetreten hatte, blieb die militärische Angriffsoption ausdrücklich auf dem Tisch (s. S. 197f).